

Eine neue Ära in Mittelost 20.07.2015



TEHERAN/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit einem Iran-Besuch des Bundeswirtschaftsministers treibt Berlin den Neuaufbau der deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen und die Arbeit an einer Neugestaltung des Mittleren Ostens voran. Das Nuklearabkommen mit Teheran, das am vergangenen Dienstag geschlossen wurde, bietet deutschen Unternehmen die Chance, ihr Iran-Geschäft, das

einst zu den lukrativsten in Mittelost gehörte, nach sanktionsbedingten Einbrüchen wieder aufzubauen. Von Exportchancen in zweistelliger Milliardenhöhe ist die Rede. Zugleich plädieren Experten dafür, die Mächteordnung am Persischen Golf unter Führung des Westens neu zu strukturieren. Angestrebt wird ein Gleichgewicht zwischen Iran und Saudi-Arabien; es würde die Hegemonie eines der beiden Staaten im Mittleren Osten verhindern und böte dem Westen günstige Einflusschancen. Das gewünschte Gleichgewicht würde auf den umfassenden Rüstungsexporten auch Deutschlands nach Saudi-Arabien basieren sowie auf der Schwächung iranischer Positionen vor allem in Syrien. Voraussetzung für die Neugestaltungspläne, bei denen Experten eine führende Rolle der EU für möglich halten, ist allerdings, dass der Nukleardeal mit Iran nicht noch in letzter Minute am Widerstand des US-Kongresses scheitert.

Mit Riad gegen Teheran

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der am gestrigen Sonntag nach Teheran aufgebrochen ist, ist der erste hochrangige Politiker aus dem Westen, der Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens am vergangenen Dienstag besucht - und damit auch der erste, der konkrete Schritte im Zusammenhang mit der angestrebten Neugestaltung des Mittleren Ostens unternehmen kann. Letztere basiert im Kern auf einem labilen Kräftegleichgewicht zwischen Iran und Saudi-Arabien - nicht unähnlich der mittelöstlichen Machtbalance, die in den 1980er Jahren zwischen Iran und Irak bestand und die damals verhinderte, dass einer der beiden Staaten zur Vormacht in Mittelost werden konnte; ein Umstand, der überaus nützlich war für die westliche Hegemonie. Erst der US-Überfall auf den Irak 2003 setzte jener Machtbalance ein gewaltsames Ende - und eröffnete damit Iran die Chance, zur dominierenden Kraft am Persischen Golf zu werden, mit der eventuellen Perspektive, sich der westlichen Hegemonie zu widersetzen. In den Jahren nach 2003 begleitete der Westen daher seine vergeblichen Versuche, in Teheran ein prowestliches Regime zu etablieren, mit der umfassenden Aufrüstung Saudi-Arabiens und der anderen Golfdiktaturen, um aus ihnen ein neues Gegengewicht zu Iran zu formen. Dieser Zustand ist heute - nicht zuletzt dank umfangreicher deutscher Rüstungslieferungen an Riad, die bis heute fortgeführt werden [1] - annähernd erreicht.

Stellvertreterkriege

Zur Herstellung eines labilen Kräftegleichgewichts zwischen Iran und Saudi-Arabien haben vor allem auch die jüngsten Kriege im Nahen und Mittleren Osten beigetragen. Die syrische Regierung, die im Konflikt zwischen Teheran und Riad auf iranischer Seite verortet werden kann, ist dramatisch geschwächt und vom Sturz bedroht - vor allem durch salafistisch-jihadistische Milizen, die nicht zuletzt von Saudi-Arabien unterhalten und hochgerüstet werden.[2] Im Jemen sucht Riad seinen gestürzten Parteigänger Abd Rabbo Mansur Hadi per Krieg wieder an die Macht zu bringen und treibt damit die Huthi-Rebellen in zunehmendem Maß an die Seite Teherans.[3] Ein brutal geführter Stellvertreterkonflikt im Libanon, der bislang noch unterhalb der Schwelle zum offenen Bürgerkrieg bleibt, ist ebenfalls ein Teil des mittelöstlichen Kampfs um die Hegemonie. "Die regionalen Mächte" steckten "in einem Konflikt, den keine Seite gewinnen kann", urteilt ein Experte des Think-Tanks European Council on Foreign Relations (ECFR) [4] - ein Zustand, der für den Westen höchst vorteilhaft ist: Weder Iran noch Saudi-Arabien können sich zur unumstrittenen Vormacht in der strategisch hochbedeutenden Ressourcenregion am Persischen Golf aufschwingen; dies hält die Region für westliche Einflussnahme offen.

Eine neue "Sicherheitsarchitektur"

Strategen sehen in dieser Situation große machtpolitische Chancen für die EU - nicht zuletzt, weil die USA seit einiger Zeit dabei sind, ihre Kräfte in zunehmendem Maß auf den Machtkampf gegen China zu konzentrieren. Nach dem Abschluss des Nuklearabkommens mit Iran habe die EU freie Bahn, auf eine gewisse Kooperation mit Teheran zu setzen und dabei "ihre eigenen Interessen zu verfolgen", vor allem hinsichtlich einer möglichen "Energiepartnerschaft", heißt es in einem aktuellen "Policy Brief" des ECFR. Eine solche Kooperation sei möglich, weil Iran sich westlichen Zielen keineswegs immer widersetze.[5] Die Feststellung trifft zu, wenngleich die überwiegende Mehrzahl der westlichen Medien in den Jahren der offenen Drohhpolitik gegenüber Teheran gewöhnlich das Gegenteil suggerierte; sie kommen nun möglicherweise um einen Kurswechsel nicht herum. Wie der ECFR vorschlägt, sollten "die größten EU-Staaten" und Brüssel jetzt "eine ehrgeizige Initiative zur regionalen Sicherheit" vorantreiben, um gemeinsam mit Iran und Saudi-Arabien "eine Sicherheitsarchitektur" zu formen, "an der sämtliche regionalen Akteure teilhaben können".[6] Der Abgleich zwischen Riad und Teheran, der dazu nötig ist, lässt sich formal womöglich als Maßnahme zur Herstellung von Frieden etwa in Syrien oder im Jemen gestalten - in Ländern also, in denen die westliche Machtpolitik seit Jahren Konflikte befeuert und Kriege geschürt hat.

Milliardengeschäfte

In dieser Situation prescht Bundeswirtschaftsminister Gabriel mit seinem aktuellen Besuch in Teheran vor. Dort kann Berlin an systematische Vorarbeiten anschließen, die bereits im Dezember 2013 eingeleitet wurden. Damals, unmittelbar nach der ersten Einigung im Atomstreit mit Iran, hatten sich das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium mit Hilfe des Nah- und Mittelost-Vereins (NUMOV) an interessierte Wirtschaftskreise gewandt, um das deutsche Iran-Geschäft, das 2013 auf Exporte im Wert von lediglich 1,8 Milliarden Euro eingebrochen war, wieder anzufachen.[7] Weitere Maßnahmen schlossen sich an - mit Erfolg: 2014 erreichten die deutschen Ausfuhren nach Iran immerhin schon wieder 2,4 Milliarden Euro (german-foreign-policy.com berichtete [8]). Einen direkten Zugriff auf die riesigen iranischen Rohstofflagerstätten - das Land besitzt die zweitgrößten Erdgas- und die viertgrößten Erdölvorräte der Welt - können deutsche Unternehmen zwar bislang nicht verzeichnen; Teheran ist dabei, Ölverträge mit Shell (Großbritannien/Niederlande), Eni (Italien) und Glencore (Schweiz) zu schließen. Doch rechnen deutsche Firmen mit umfangreichen Aufträgen zur Modernisierung der Ölindustrie wie auch in der Chemie-, der Kfz- und der Energiebranche. "Das Land mit seiner jungen, gut ausgebildeten Mittelschicht sucht den Anschluss an die Weltgemeinschaft - politisch wie wirtschaftlich", sagt der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo. Der BDI hält bereits "mittelfristig" ein "Exportvolumen von über zehn Milliarden Euro für realistisch".[9]

Vorsprung gegenüber den USA

Die Eile des Bundeswirtschaftsministers resultiert zum einen daraus, dass deutsche Unternehmen in Iran während der Zeit der Wirtschaftssanktionen in Rückstand geraten sind - vor allem gegenüber Firmen aus China oder Südkorea; dies gilt es aufzuholen. Zum anderen bietet ein schnelles Vorgehen die Chance, einen Vorsprung gegenüber der US-Konkurrenz aufzubauen, die zur Zeit noch nicht in Iran tätig werden kann, weil der Kongress in Washington noch an den Sanktionen festhält. Ein etwaiger ökonomischer Vorsprung Deutschlands und der EU könnte in Verbindung mit dem US-Schwenk nach Ostasien [10] wiederum dazu beitragen, Berlin einen exklusiven Einfluss in Teheran und eine führende Rolle bei der Neugestaltung des Mittleren Ostens zu sichern. Die Eile, die Wirtschaftsminister Gabriel mit seiner Reise an den Tag legt, zeigt, dass die Bundesregierung es Ernst mit einer eigenständigen Machtpolitik im Mittleren Osten meint.

Mehr zum Thema: [Gesprächskreis in Teheran](#) , [Make or break](#) , [Der neue Botschafter in Berlin](#) und [Die Handlungsfreiheit des Westens](#) .

[1] S. dazu [Die Ordnung am Golf](#) , [Hegemonialkampf am Golf \(II\)](#) und [Ein Stabilitätsfaktor](#) .

[2] S. auch [Vom Nutzen des Jihad \(I\)](#) und [Vom Nutzen des Jihad \(II\)](#) .

[3] S. dazu [In Flammen](#) und [In Flammen \(II\)](#) .

[4] Mark Leonard: In Iran today the Great Satan is no longer the United States: it's Saudi Arabia. www.newstatesman.com 16.07.2015.

[5], [6] Ellie Geranmayeh: Engaging with Iran: A European Agenda. ECFR Policy Brief, July 2015.

[7] S. dazu [Der neue Botschafter in Berlin](#) .

[8] S. dazu [Die Handlungsfreiheit des Westens](#) .

[9] Deutsche Wirtschaft begrüßt Einigung mit dem Iran. www.bdi.eu 14.07.2015.

[10] S. dazu [Das pazifische Jahrhundert](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com